

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 M., bei Selbstabholung 1.65 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 M., für 1 Monat 1.75 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 698.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Plagierfrist 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— M. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2731.

Belagerungszustand und Kriegsgerichte.

Die starke Regierung.

Die Regierung Scheidemann-Roske, die die Aufsehung der Arbeiterklasse gegen ihr Regiment ständig wachsen sieht, kann sich gar nicht genug darin tun, den „Aufrührern“ mit Gewalt zu drohen. Ihrem Erlaß gegen die streikenden Ruhrbergleute läßt sie jetzt eine neue Drohung folgen, zu der ihr angebliche Pläne der Berliner Arbeiterkammer — neue Unruhen sollen bevorstehen — den Vorwand geben. Einem Vertreter des Berliner Lokalanzeigers hat ein Mitglied der Reichsregierung — Herr Roske oder ein ihm Gleichwertiger — folgendes erklärt:

„Wir sind auf das genaueste über alle Vorgänge unterrichtet und auf alle Eventualitäten vorbereitet. Wir würden mit rückhaltlosester Schärfe eine solche Bewegung niederschlagen. Die Reichsregierung hat keine Furcht vor scharfer Kritik. Auch die wirklichen Übergriffe der Regierungstruppen und anderer Organe werden in keiner Weise eine Willkür der nötigen Maßnahmen herbeiführen. Einzelmaßnahmen sind allerdings über das Maß hinausgegangen, aber das Vertrauen in die Regierungstruppen darf dadurch nicht erschüttert werden. Die Nervosität des Straßenkampfes entschuldigt manche Tat, die, objektiv genommen, streng zu verurteilen ist.“

„Unser Militär wird, wo man es durchaus von neuem erproben will, noch fester stehen als bei den bisherigen Kämpfen. Die Reichsregierung wird keine Zentimentalität zeigen. Zur Durchführung ihrer Stellungnahme dient ja ihr heutiger Erlaß.“

Die ganze Weisheit dieser Regierung erschöpft sich in den Argumenten der Handgranaten und Maschinengewehre. Allmählich sollte auch den Wildbesten aufdämmern, daß die ständig sich erneuernden Streiks etwas mehr sind als partakistische Mache, und daß mit ihrer brutalen Niederschlagung sehr wenig für die Ordnung getan ist. Diese Regierung ist unfähig, die Revolution nach den Forderungen des Proletariats weiterzuführen, weil sie, statt die Sozialisierung kräftig in Angriff zu nehmen, ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf richtet, das kämpfende Proletariat stumm zu machen und die Bourgeoisie zu befriedigen.

Durch die ihr ergebene Presse läßt diese Regierung eine wüste Stimmungsmache gegen die Ruhrbergleute betreiben. Es wird so hingestellt, als ob die große Mehrheit der Bergleute des Industriegebietes den Generalkrieg gar nicht wolle, daß sie sich nur dem Terrorismus einer Handvoll entschlossener Spartakisten beugen müsse. Gegen den Unfuh einer solchen Darstellung braucht man nicht ernstlich zu polemisieren. Ernster zu nehmen sind die Meldungen, die ein Festschlagen der Generalkriegsparole behaupten. So wenig Verlaß auch auf die Zahlen ist, die von den offiziellen und bürgerlichen Nachrichtenbüros gegeben werden, so läßt sich doch der Eindruck nicht ganz abweisen, daß eine Einigkeit in der Aktion nicht, vielleicht noch nicht erreicht ist. Wir registrieren die folgenden Meldungen:

Bochum, 2. April. (Z.-U.) In einem allgemeinen Ausstand, der gestern im ganzen Ruhrrevier ausbrechen sollte, ist es noch nicht gekommen. Der geplante Generalkrieg ist zu einer wilden Streikbewegung ausgearbeitet, in der soweit System liegt, als daß eine partakistische Sabotage stattfindet, die planmäßig vorbereitet ist. Die Bewegung hat diesmal einen ersten Charakter angenommen, weil die Wasserversorgung, die Gas- und Elektrizitätsversorgung an vielen Stellen gestört ist. Bisher wird in 75—80 Schachtanlagen mit einer Belegschaft von rund 53 000 Bergleuten gestreikt. Eigentümlich wirkt es, daß der Streik im Hamborner und Duisburger Revier, der Hauptzentrale der Spartakisten, noch nicht zum Ausbruch gekommen ist.

Essen (Ruhr), 1. April. (W. Z. B.) Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hatte die Streikaufrufung der Spartakisten nur geringen Erfolg. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Dortmund und Wittener Bezirk, von wo die Bewegung den Ausgang nahm. Im Oberhausener Bezirk ist nur die Zeche Vohberg ausständig. Auf den Zechen der Gewerkschaft Deutscher Kalker und in Hamborn wird überall gearbeitet. In den Bezirken Altdorf, Werden und Hattingen sind die Zechen Gottfried, Wilhelm und Viktoria, im Essener Bezirk die Zechen König Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Zeche Hercules, wo die Belegschaft gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Ebenso arbeiten die Belegschaften der Zechen Rangenbrahm und Königin Elisabeth. Im Neukinghauser Gebiet sind die Belegschaften der Zechen Auguste Viktoria und Königin Luwig ausständig. In Ruhrbezirgen ist es nirgends gekommen.

Essen, 1. April. Nach aus einzelnen Bergrevieren vorliegender Meldungen ist gegen den gestrigen Tag, wo der Ausstand fast nur auf den Dortmund, Wittener und Bochumer Bezirk beschränkt war, nur eine geringe Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Ausständigen betrug heute auf 56 100 gegen 53 000 gestern.

Bochum, 1. April. Im hiesigen Bezirk hat sich die Streikbewegung ausgebreitet. Neu in den Streik eingetreten sind

folgende Zechen: Friedrich der Große, von der Seydt, Julia und Alma. Infolge der Gasperre verabsorgten die Volks-Läden in Bochum mittags kein Essen mehr. Wenn der Streik auf der Zeche Hibernia noch anhält, wird Bochum in den nächsten Tagen ohne elektrisches Licht und elektrische Kraft sein, da das Elektrizitätswerk Westfalen von der Hibernia mit Licht und Kraft versorgt wird.

Siebzehn Tote in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 2. April. Bei der Säuberung der Straßen kam es gestern abend auf der Zell zu Schießereien, wo aus einem Fenster auf die Polizisten geschossen worden sein soll. Ein Schuhmann und zwei Hilfspolizisten wurden verletzt. Mehrere Einwohner der betreffenden Häuser wurden verhaftet. Die Zahl der Todesopfer der vorgestrigen Unruhen hat sich auf 18 erhöht. — In einer Versammlung der Kommunistenpartei, in der Clara Zetkin sprach, wurde von fast allen Rednern zum Generalkrieg aufgefordert.

Frankfurt a. M., 1. April, mittags. (W. Z. B.) Die gestrigen Unruhen haben, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, 17 Tote, darunter sieben Plünderer, gefordert. Von den Polizeitruppen fielen zwei Mann, ein dritter wird vermisst. Von den Matrosen wurden zwei Mann getötet und sieben schwer verletzt. Bis jetzt sind über 20 sehr schwer verletzte Plünderer den Krankenhäusern zugeführt worden. In den frühen Morgenstunden wurde das große Lebensmittelgeschäft von Wäsche u. Baumgärten von Plünderern heimgesucht, denen 200 Zentner Butter, 70 000 Eier und 100 Zentner Fett in die Hände fielen.

Die Frankfurter Plünderungen.

Frankfurt a. M., 1. April. Im Verlaufe der gestrigen Unruhen wurde sowohl das neue wie das alte Gerichtsgebäude gestürmt. Akten und Einrichtungsgegenstände wurden auf die Straße geworfen und verbrannt. Die Führer der Unabhängigen und Kommunisten, Dittmann und Bittmann, hielten Ansprachen, in denen sie zur Ruhe ermahnten, sie konnten jedoch den Sturm auf das Gerichtsgebäude nicht verhindern. In der Nacht wurden zahlreiche Lebensmittelgeschäfte geplündert. Bei Plünderung des Speisekammergeschäfts wurden drei Personen erschossen. Im ganzen sind 25 Personen verletzt worden. Die Leiter der sozialdemokratischen Parteien, der kommunistischen Partei und des Arbeiterrats traten in der Nacht zu einer Sitzung im Polizeipräsidium zusammen und einigten sich auf einen Auszug, in dem sie dem Ausdruck brachten, daß die Arbeiterkammer ohne Unterschied der politischen Gesinnung Gewalttätigkeiten und Plünderungen verurteilt und brandmarkt. Die zur Hungernot angewandene Lebensmittelknappheit dürfe nicht Verbrechen rechtfertigen, die nur dazu angetan seien, Verwirrung, Arbeitslosigkeit und Elend noch zu steigern.

Belagerungszustand über Stuttgart.

Stuttgart, 1. April. (W. Z. B.) Die Regierung hat heute morgen wegen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit den Belagerungszustand über Stuttgart und Umgebung verhängt. Öffentliche Lokale aller Art, Theater usw. sind von 8 Uhr abends bis 9 Uhr früh zu schließen. Der Straßenverkehr ist ab 10 Uhr abends verboten. Es werden außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt. Wenn die Bevölkerung den Anordnungen unbedingt Folge leistet, hofft die Regierung, den Belagerungszustand in kürzester Frist wieder aufheben zu können.

Berlin, 1. April. Wie das Mittheilungsblatt aus Stuttgart meldet, kam es heute zwischen Regierungstruppen und Demonstranten zu einem Zusammenstoß, wobei viele Personen verletzt und drei getötet wurden. Die Regierungstruppen trieben die Demonstranten auseinander, worauf bald die Ordnung wiederhergestellt wurde.

Die Stuttgarter Streikleitung hat den Generalkrieg für ganz Württemberg proklamiert. Daraufhin hat auch die Führung der Württembergischen Arbeiterkammer beschlossen, den bürgerlichen Gegenstreik ebenfalls auf ganz Württemberg auszuweiten. Die Lage wird immer kritischer, zumal die Versorgung mit Gas und Elektrizität eingestellt ist. Die Haltung der Arbeitslosen ist noch nicht ganz geklärt. In einigen Betrieben haben sie sich gegen den Streik erklärt; einige Gruppen jedoch geraten immer mehr unter radikalen Einfluß. Unabhängige und Kommunisten handeln gemeinsam.

TU, Stuttgart, 2. April. Im Laufe des gestrigen Tages kam es zu Zusammenstößen. In der Volkshalle brach zwischen Regierungstruppen und Spartakisten ein Streit aus; bei dem es einige Tote gab. Bei der großen Infanteriekaserne wurde vom Publikum versucht, einen für das Militär bestimmten Protzwagen zu plündern, woraus der Kaserne geschossen wurde. Fünf Zivilisten wurden getötet. In der Ludwigsstraße kam es ebenfalls zu einem Zusammenstoß, wobei aus einem Panzerwagen mit Maschinengewehren geschossen wurde. Hierbei gab es vier Tote und sieben Verletzte. Der Abwehrstreik der Arbeiterkammer ist nunmehr vollständig durchgeführt. Durch den Streik der Post und Telegraphie, durch die Unterbindung des Fernsprechverkehrs und das Ausbleiben der Zeitungen ist Stuttgart vollständig von der Außenwelt abgeschnitten.

Stuttgart, 1. April. Die hiesigen Zeitungen werden bis auf weiteres nicht erscheinen. Der Postbetrieb ruht vollständig, ebenso der Straßenbahnverkehr. Die Staatsbahn bewirkte heute früh lediglich den Arbeiterverkehr und die Milchversorgung.

Die ökonomische Innen- und Außenpolitik Sowjet-Russlands.

Europa ist zur Zeit so gut wie gar nicht über den wirtschaftlichen Aufbau und die wirtschaftliche Innen- und Außenpolitik Sowjet-Russlands unterrichtet. Die kapitalistische und sozialpatriotische Presse aller Länder hat nur einen Gedanken: so viel wie nur möglich Grenzschranken über Sowjet-Russland zu bringen. Hierbei glänzt besonders die deutsche Presse durch Kurzsichtigkeit. Sie übersteht dabei die Möglichkeiten, die ein wirtschaftlicher Zusammenstoß beider Länder eröffnet.

Es wäre aber an der Zeit, hinter der politischen Hege die ökonomischen Möglichkeiten nicht aus dem Auge zu verlieren, und sich besonders über die innere und äußere Politik der Sowjetmacht auf wirtschaftlichem Gebiete genauer zu informieren. Die Ententeeregierungen verabsäumen es nicht, trotz aller Hebnachrichten, die sie über Sowjet-Russland verbreiten, und trotz des Krieges, den sie gegen Russland führen, das ökonomische Leben zu studieren und Schritte zu unternehmen, die zu einer wirtschaftlichen Annäherung führen sollen. Derartige Annäherungsversuche scheinen denn auch schon recht gute Fortschritte gemacht zu haben, denn eine Entente-Kommission, die Russland bereiste, hat in Paris über die ökonomische Lage günstigen Bericht erstattet. Die deutsche Regierung gibt sich Mühe zur Fortkämpfung gegen das Sowjet-Russland her, während die Entente hinter ihrem Rücken mit diesem Russland wirtschaftliche Annäherung sucht. Die deutsche Regierung will sich durch den Krieg gegen die Sowjetmacht bei der Entente beliebt machen und übersteht vollständig die Tatsache, daß die Entente nur darauf aus ist, Deutschlands Aufmerksamkeit von Sowjet-Russland als natürlichem Absatzgebiet für seine Erzeugnisse abzulenken, um nach Ausschaltung Deutschlands als Konkurrenzgebiet desto leichter ein Spiel zu haben. Anstatt nun diesem Bestreben der Entente entgegenzuarbeiten, betreibt die deutsche Regierung bei der Entente um Erlaubnis, gegen Sowjet-Russland Krieg führen zu dürfen, um seine Wirtschaft und auch die Wirtschaft Sowjet-Russlands noch mehr zu ruinieren. Während nun dieser unfruchtbar aller Artene, der noch viel unfruchtbarer als der Weltkrieg ist, geführt wird, hat sich das wirtschaftliche Leben Sowjet-Russlands dennoch zu solidieren vermocht. Obgleich das Transportwesen so sehr daniederliegt, arbeiten doch fast alle nationalökonomischen Betriebe.

Die Nationalisierung hat große Fortschritte gemacht. Ein Bild von dem auf diesem Gebiete Erreichten und Erreichten konnte man aus den Verhandlungen des unlängst abgehaltenen Kongresses aller Wirtschaftsräte ersehen (S. 8. solcher Räte, die die sozialisierten Betriebe der verschiedenen Industriezweige verwalten und deren höchste Instanz der Oberste Rat für Volkswirtschaft ist). Nach den Angaben der Vertreter kann die wirtschaftliche Lage folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die Zeit, da die Betriebe bereits nur die Kontrolle der Produktion und Verteilung besaßen, ist bereits vorbei und aus dem Gebiet der Kontrolle sind diese Betriebe zur direkten Verwaltung aller Betriebe und Fabriken übergegangen. Der schwersten Aufgabe der russischen Industrie, hervorgerufen durch die Abtrennung der Kohlen-, Baumwoll- und anderen Rohstofflager, konnte man nur Herr werden durch eine ökonomisch-wirtschaftliche Diktatur, die weder Rücksicht auf einzelne Personen oder Gruppen, noch auf Profit nehmen durfte. Die Organisation der Wirtschaft erfolgt in der Form einer Zentralisierung nach Industriezweigen. Nur diese zentralistische Organisation ist arbeitstüchtig, da nur eine zentrale Leitung instand ist, diese oder jene unrentable Fabrik zu schließen, da oder dortin die Rohmaterialien, technischen Kräfte usw. zu leiten. — Ausdrücklich hervorgehoben in Russland bereits ca. 20 solcher Zentralen, z. B. für die Textil-, die Leder-, die Zuckerindustrie, den Leinwand usw. Der Mangel an Geschmacksstoffen unter den Spezialisten auf dem Gebiete der Industrie, die Sabotage der Ingenieure, Techniker usw., alles das zusammen hat die Organisation dieser Zentralen kolossal erschwert; aber die Schwierigkeiten sind heute zum Teil schon behoben.

In allen Zentralen amtiert nicht ein einziger früherer Fabrik- oder Betriebsbesitzer. Sie sind hauptsächlich aus Vertretern der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen zusammengesetzt.

Die ökonomische Lage nach der Oktoberrevolution verlor eine schnelle Expropriation der Erzeugnisse. Im Augenblick sind 2000 größere und kleinere Betriebe nationalisiert, wobei auf den Monat Februar 1919 die größte Zahl entfiel. Den Hauptteil der nationalisierten Betriebe stellen die Textil- und die metallurgischen Industrien. Die Schächten entfallen auf die Gouvernements Moskau (198), Perm (118) und Petersburg (102).

Auf dem Gebiete der Förderung von Brennstoffen ist man ebenfalls dabei, die in der Nähe Moskaus befindlichen Lager anzuschließen. Zu diesem Zweck sind eine Anzahl neuer Eisenbahnen gebaut worden.

An einem Reklamierartikel läßt sich schwer ein vollständiges Bild von dem ökonomischen Aufbau Sowjet-Russlands geben, jedoch dürften die eben angeführten Tatsachen ausreichen, um zu zeigen, daß Sowjet-Russland ein immer größerer Anreize dem ökonomischen Aufbau von erndt, demgegenüber das politische Leben in den Hintergrund zu treten beginnt.

In voller Würdigung der Wichtigkeit des ökonomischen Aufbaues hat der Oberste Rat für Volkswirtschaft für die Fortentwicklung des Reporrenen folgende Richtlinien abgesteckt:

1. An dem beschriebenen Wege ist unbedingt festzuhalten und die Umgestaltung des ökonomischen Lebens auf sozialistische Grundlage weiter zu betreiben.

2. Zum Zwecke der Steigerung der produktiven Kräfte des Landes ist die Fortsetzung und der Ausbau der Zusammenfassung der nationalisierten Betriebe notwendig. Nach den bereits zentralisierten Anstalten wie die Metall-, die Leder-, die Textil- und die chemische Industrie usw., müssen auch die übrigen Zweige der Industrie in Zentralen zusammengefaßt werden.